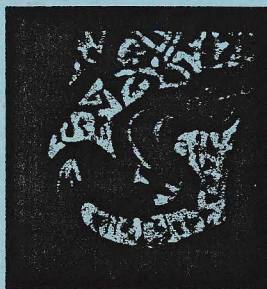


Pax Christi Erzdiözese
München und Freising e.V.
Landwehrstr. 44
80336 München
Postvertriebsstück
B 13321 F
Gebühr bezahlt



Für den Frieden

Von dem Frieden
Sprechen wir
Wir alle
Erwähnen den Frieden
Ein Wort
Das an unseren Lippen hängt
Wie Früchte der Verwesung

Zu dem Frieden
Stehen wir
Wir alle
Diskutieren über den Frieden
Ein Wort
Das im Jenseits ruht
Wie unser eigenes ICH

Für den Frieden
Schwärmen wir
Wir alle
Sehnen uns nach dem Frieden
Ein Wort
Das an uns vorbeizieht
Wie der hauchlose Wind der Ängste

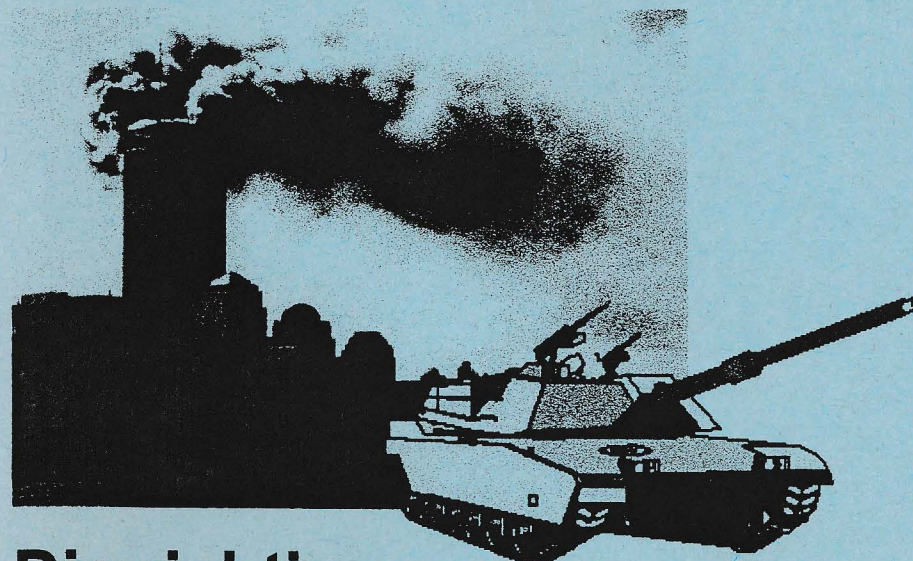
Nach dem Frieden
Streben wir
Wir alle...
Doch unsere Worte gehen unter
In den Taten unserer Selbstsucht



El Loko - Künstler des Misereor Hungertuches 2002



rundbrief
der
Bistumsstelle München
Herbst 3 / 2001



Die richtige Verteidigung ?

Achtung Änderung

Diözesanversammlung am 20.10.
St. Ignatius, Beginn 13:30
Ende vorauss. **erst 19:00**
statt 18:00

Anmerkungen zu diesem Rundbrief

In einer ziemlich bewegten Zeit entsteht dieser Rundbrief. Am 11. September schockierte uns die Nachricht über die Terrorwelle in den USA. Wir konnten es erst gar nicht begreifen, dass Menschen zu derart unvorstellbaren Taten fähig sind. Auch nach einer Woche gehen uns die Bilder von den Ereignissen um das World Trade Center noch nicht aus dem Kopf und wir trauern in täglichen Friedensgebeten um die Opfer und deren Angehörige.

So mag es dann auch sein, dass mit dem Erscheinen dieses Rundbriefes die Passagen zu den Geschehnissen in den USA überholt sind. Täglich erwarten wir eigentlich die Reaktion der USA irgendwo in der Welt. So haben wir die Stellungnahme des Präsidiums der deutschen Sektion neben einem Brief von Ralph an Achmad Al Khalifa und Aktionsvorschläge der Kontaktstelle für Friedensarbeit im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen mit in diesen Rundbrief aufgenommen. Letztere sollen einer Hilflosigkeit entgegenwirken, wie sie sich bei uns angesichts der Auseinandersetzung im Kosovo breit machte.

Daneben greift der Rundbrief auch die Auseinandersetzung um die Entsendung deutscher Soldaten nach Mazedonien auf. In diesem Zusammenhang wird die Frage nach der Wehrpflicht wieder einmal gestellt. Auch sollen die Abgeordneten zu Wort kommen, die dieser Entscheidung nicht zustimmen konnten.

Ans Herz legen möchte ich allen Lesern neben den Informationen zu Pax Christi in der Diözese: die Diözesanversammlung, die neue pax christi Gruppe: Ökumenische Initiative: Konflikte gewaltfrei lösen, Benkovac - auch die Misereor Aktion 2002, die unsere Friedensthematik aufgreift.

Die Rubrik Leserbriefe fehlt diesmal. Der Sommer scheint keinen angeregt zu haben, uns zu schreiben.

Martin Pilgram

Impressum

Herausgeber: PAX CHRISTI Erzdiözese München und Freising e.V.
Landwehrstr. 44, 80336 München, Tel. und Fax: 089 / 54 38 515

Redaktion: Martin Pilgram (V.i.S.d.P.), Gertrud Scherer, Jenny Schmitz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen aus Platzgründen vor. Der Rundbrief erscheint vier Mal im Jahr. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe (Dezember 4/2001)
am Montag, 3. Dezember 2001

Vorwort

Liebe Mitglieder und Förderer,
liebe Freundinnen, Freunde und kritische Begleiter von pax christi,

Mit dem Ausscheiden der alten Leitung auf der letzten Bistumsversammlung und dem Abschied von Franz als Friedensarbeiter geht eine ganze Ära von pax christi in der Diözese München und Freising zu Ende. Auch wenn einige der Gruppen schon ziemlich lange existieren und sich gerade eine neue .. gründete, so bröckelt es doch auch an dieser Stelle.

Deshalb war es lobenswert, dass sich die Gruppe Ignatius als sie sich fragte, wie es denn auch mit ihr weitergehen sollte, zur Keimzelle in der Diözese machte und versuchte die Zukunftsfrage mit Mitgliedern aus anderen Gruppen zu stellen.

Weiterführen wollen wir das auf der Diözesanversammlung am 20. Oktober in St. Ignatius.

Brauchen wir also in Zukunft überhaupt noch eine Bistumsstelle, oder sind die Gruppen im Bistum sowieso so autonom, dass ihr Wohl und Wehe nicht an einer Diözesanen Leitung hängt? Oder ist die Bistumsstelle in Zukunft nur noch das Bindeglied für die Mitglieder, die nicht in Gruppen organisiert sind, um für sie wenigstens ab und zu ein pax christi Ereignis zu organisieren? Oder soll eine Bistumsstelle in allen möglichen Gremien mitreden, ohne von irgendwem dazu legitimiert worden zu sein, weil ja die Verbindung zur Basis in den Gruppen bzw. zu den Einzelmitgliedern nicht gegeben ist?

Und genauso wie die Vorstellungen um die Bistumsstelle sollten wir auch alles, was wir in den Jahren darum aufgebaut haben, diskutieren, in Frage stellen. Sind die Veranstaltungen mit dem Döpfner Haus weiterhin sinnvoll, brauchen wir einen pax christi Gottesdienst der Bistumsstelle einmal im Monat, ist ein unbesetztes Büro zu irgendwas nütze, oder brauchen wir sofort einen neuen Friedensarbeiter, der all das mit Leben füllt?

An die Diskussion um das "Wie geht es weiter" knüpft sich auch die Frage nach dem "Wer macht es denn". Es wäre schön, wenn sich jede(r) die Frage stellen würde: Welche Rolle kann ich innerhalb dieser Zukunftsszenarien spielen, die ich mir für pax christi im Bistum vorstelle.

In diesem Sinne hoffe ich auf ein Wiedersehen in St. Ignatius mit vielen neuen Ideen.


Martin Pilgram
Pax Christi Sprecher
in der Erzdiözese München und Freising

Inhalt

Impressum.....	2
Vorwort.....	3
Inhalt.....	4
Diözesanversammlung.....	5
Ökumenische Initiative: Konflikte gewaltfrei lösen.....	6
Terroranschläge in den USA.....	7
Politische Weitsicht statt Vergeltung.....	7
Dialog mit den Muslimen.....	8
Was wir jetzt tun können.....	8
Zeit für sachgerechte und humane Lösungen.....	10
Allgemeine Wehrpflicht.....	12
Wehrpflicht im internationalen Vergleich.....	15
Die Entsendung der Bundeswehr nach Mazedonien.....	15
Münchener CSU Abgeordnete.....	15
Klaus Barthel (SPD).....	16
Die 5 Grünen.....	16
Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP).....	18
Egon Scotland.....	19
Friedensdienste.....	20
Neues aus Benkovac.....	20
„Vom Schulhof bis zum Kosovo ...“.....	22
Misereor 2002.....	26
Kindersoldaten.....	27
Pax Christi International.....	29
Kurzmeldungen.....	31
Blick ins Internet.....	36
Terminübersicht.....	37
Gruppen und Kontaktadressen in unserer Diözese.....	39

Diözesanversammlung

Einladung zur außerordentlichen Diözesanversammlung

- am 20. Oktober 2001
- um 13.30 Uhr
- Ort: Pfarrzentrum St. Ignatius, Gardinistr. 83, 81375 München, U6 – Haltestelle Haderner Stern

Liebe Mitglieder in Pax Christi München und Freising, wir laden Euch herzlich ein zur außerordentlichen Diözesanversammlung. Bei der letzten DV im März dieses Jahres wurden der derzeitige Sprecher und die geistliche Beraterin kommissarisch für ein halbes Jahr gewählt und der Termin für diese außerordentliche DV festgelegt. Jetzt gilt es, ein neues Sprecherteam und den geistlichen Beirat zu wählen.

Die Pax Christi-Gruppe St. Ignatius hat es übernommen, diese DV zusammen mit dem Sprecherteam vorzubereiten und durchzuführen.

Die Gruppe St. Ignatius hatte Anfang Juli die Mitglieder der Pax Christi-Gruppen zu einem Abend eingeladen, bei dem es um Visionen für Pax Christi München und Freising ging. Die Ideen, die sich da herauskristallisiert haben, sollen an diesem Nachmittag aufgegriffen und weiterdiskutiert werden. Deshalb ist neben den Berichten des Sprecherteams eine Perspektivendiskussion geplant, die zur Basis für die Arbeit des neuen Teams werden soll.

Kein neues Team ohne Kandidatinnen und Kandidaten! Deshalb hier die Bitte an alle, Pax Christi-Mitglieder anzusprechen und vorzuschlagen.

Anträge zur DV schickt bitte schriftlich ausformuliert bis zum 6.10.01 an Martin: Martin Pilgram, Römerstr. 114, 82205 Gilching

So soll der Nachmittag aussehen:
ab 13.30 Kaffee und Plausch
ab 14.00 Uhr

- Berichte des kommissarischen Sprecherteams
- Perspektivendiskussion für die zukünftige Arbeit von Pax Christi
- Vorstellung der Kandidatinnen
- Wahl des neuen Sprecherteams und des geistlichen Beirats
- Ende gegen 18.00 Uhr

Wer Lust hat, ist herzlich eingeladen am Abend um 19.00 Uhr am Gemeindegottesdienst in St. Ignatius teilzunehmen.

Es liegt ein spannender Nachmittag vor uns: Es geht darum, die Zukunft und die Arbeit in und von Pax Christi München und Freising neu zu gestalten. Deshalb nochmals herzliche Einladung an diesem Nachmittag teilzunehmen.

Mit besten Grüßen
für den Wahlausschuss

Imgard Fackler
Sabine Hahn

Ökumenische Initiative: Konflikte gewaltfrei lösen

Eine neue Pax Christi Gruppe stellt sich vor.

Das ursprüngliche Ziel der Ökumenischen Initiative: Konflikte gewaltfrei lösen war, eine ökumenische Stiftung zur gewaltfreien Konfliktlösung ins Leben zu rufen, die von der katholischen und evangelischen Kirche in Bayern auf den Weg gebracht werden sollte. Die viele Arbeit und Zeit, die wir in dieses Projekt investierten, hat allerdings nicht die erhofften Früchte getragen. Als das Scheitern klar war, orientierte sich ein Teil der Gruppe neu und konzentrierte sich auf den Schwerpunkt gewaltfreie Konfliktlösung in der Schule.



Da die verbliebenen Gruppenmitglieder sich alle zu Pax Christi gehörig fühlen, lag es nahe, sich als eigene Pax Christi-Gruppe zu firmieren. Dies

ist nun geschehen. Wir sind zu viert: Waldemar Ruez (als vorwiegender Ansprechpartner für Anfragen), Isolde Teschner, Rosemarie Wechsler und Gertrud Scherer.

Zur Zeit setzen wir unsere Reihe von **Seminaren zur „Gewaltprävention in der Schule und Ausbildung von Streitschlichter/-Innen“** im Schülerzentrum Schloss Fürstenried fort. Wir wenden uns damit v.a. an Lehrerinnen und Lehrer und Elternbeiratsmitglieder, die als Team in ihrer Schule Formen der gewaltfreien Konfliktlösung und eine Streitschlichterausbildung für Schülerinnen und Schüler initiieren wollen. Aber auch andere Interessierte sind natürlich willkommen.

Die **nächsten Seminartermine** sind
I. Teil: 5.10.2001, 16 – 19 Uhr

6.10.2001, 9 – 17 Uhr

Schwerpunkt: Schul-Mediation, d.h. Ausbildung von Schüler/-innen zu Streitschlichter/-innen und
II. Teil: 13.10.2001, 9 – 17 Uhr
Schwerpunkt: „Konstanzer Trainingsmodell“ und Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg.

Tagungskosten:

I. Teil: 100 DM, II. Teil: 70 DM

Nähere Informationen sowie Anmeldung bei Waldemar Ruez, Esswurmstr. 24, 81371 München, Tel./Fax: 89/ 763289.

Terroranschläge in den USA

Politische Weitsicht statt Vergeltung

Erklärung des Präsidiums der deutschen Sektion von pax christi vom 17.9.2001 zu den Terroranschlägen in den USA

Nach Tagen der Betroffenheit und Unklarheiten in Folge der Terroranschläge in den USA drohen Besonnenheit und politische Weitsicht verloren zu gehen.

Wir beobachten eine Art von Trauer um den Verlust von Sicherheiten und haben Sorge, dass dabei die konkrete Anteilnahme mit den Opfern zu kurz kommt. Es darf nicht sein, dass unsere Sicherheit an Symbolen von Macht und Geld festgemacht wird und Angst in Gewaltbereitschaft umschlägt.

Die Terroranschläge sind ein menschenverachtendes Verbrechen. Die Verbrecher müssen gefunden und nach internationalem Recht bestraft werden. Terror kann nicht mit Krieg beantwortet werden. Wo unschuldige Menschen zu Opfern wurden, dürfen nicht andere unschuldige Menschen zu Opfern der Vergeltung werden. Die Werte der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stehen in der Gefahr, durch militärische Aktionen unterhöhlt zu werden. Die Feststellung eines Bündnisfalles nach Artikel 5 des Nato-Vertrages hilft nicht weiter. Beistand muss im internationalen Rahmen politisch und rechtlich organisiert werden.

Wir beobachten, dass die Bekämpfung des Terrorismus die Frage nach

dessen Ursachen weitgehend ausklammert. Wo aber die Überwindung von sozialen Ungerechtigkeiten, Verelendung und Armut nicht gelingt, können die dadurch erlebten Demütigungen und Ausgrenzungen zur Begründung terroristischer Handlungen missbraucht werden. Sicherheit ist heute weniger denn je militärisch möglich, sondern muss vor allem sozial, kulturell, ökonomisch und politisch begriffen werden. Die Sicherheit der Wohlhabenden ist nicht zu erreichen ohne die Existenzsicherung für alle Menschen.

Die Urheberschaft der Terrorakte wird in sogenannten islamistischen Kreisen vermutet. Wir beobachten, dass dies dazu führt, Menschen muslimischen Glaubens und arabischer Herkunft pauschal zu verdächtigen und zu verurteilen. Diesen Rassismus darf eine demokratische Gesellschaft nicht zulassen.

Wir sind uns bewusst, wie schwer es ist, dem Gedanken nach Vergeltung zu widerstehen und fühlen uns ermutigt durch die Erklärung der pax christi-Sektion in den USA: "Als Menschen des Glaubens und Nachfolger des gewaltfreien Jesus müssen wir selbst in diesem dunkelsten Moment bereit sein, die Kraft aufzubringen, dem Impuls zur Rache zu widerstehen. Wir müssen dem Drang widerstehen, irgendeine ethnische Gruppierung als 'Feind' zu dämonisieren und zu entmenslichen."

Wir appellieren an unsere politisch Verantwortlichen, Mut und Weitsicht zu zeigen und ihren Einfluss geltend

Dialog mit den Muslimen

Ralph Deja schreibt im Zusammenhang mit den Terrorangriffen in den USA am 16.9. Achmad Al Khalifa Vorsitzendem einer bundesweiten muslimischen Vereinigung, die sich dem Dialog verschrieben hat. Herr Al Khalifa ist auch Mitglied im Münchner Bündnis für Toleranz & Demokratie.

Sehr geehrter Herr Al Khalifa,

Sie und die ganze islamische Gemeinschaft in Deutschland sind wahrscheinlich genauso entsetzt wie wir über die unfassbare Tragödie in den USA. Ich glaube, dass jetzt die Gläubigen aller Religionen, ja alle Menschen guten Willens gefordert sind, nicht auf Hass und Rache, sondern auf Verständigung und Dialog zu setzen. Über der Jersusalem-Synagoge in Prag steht der Satz: "Haben wir denn nicht alle EINEN Vater? Hat uns denn nicht EIN Gott erschaffen?" Beten wir zu unserem gemeinsamen Vater, dass die Liebe stärker ist als der Hass.

Nach den Anschlägen:

Was wir jetzt tun können

von Thomas Krahe, Kontaktstelle für Friedensarbeit im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

zu machen um die Zuspitzung der weltpolitischen Lage zu entschärfen.

In unserem Land wollen wir dafür sorgen, dass Muslime nicht unter Generalverdacht geraten, nur weil die möglichen Täter einen islamischen Hintergrund haben. Ich möchte Sie und alle rechtschaffenen Muslime an dieser Stelle meiner und unserer Solidarität versichern.

Wir müssen aber auch gemeinsam hinschauen, welche sozialen Verhältnisse in vielen Teilen unserer Erde die Menschen verführbar machen für die Gewalt. Nutzt der Westen seine Ressourcen nicht einseitig nur zu seinem Vorteil? Werden nicht viele Völker von der Globalisierung einfach überrollt, ohne selbst an der Entwicklung Teil zu haben? Es wird nicht genügen, die "Schuldigen" zu bestrafen. Wir werden allen Menschen und Kulturen mehr Achtung zeigen müssen.

In diesem Sinne,
Salam, Shalom und Grüß Gott!
Ihr Ralph M. Deja

Die lähmende Angst überwinden -
die Spirale der Gewalt durchbrechen -
einen dauerhaften Frieden schaffen

Die Trauer der Menschen über die Opfer der Katastrophe ist überwälti-

gend. Wir fühlen, unsere bisher gewohnte Welt steht an einem Scheideweg. Das Gefühl, sicher und beschützt zu sein, erweist sich als Illusion. High-Tech-Waffen bieten keinen Schutz. Kriegsähnliche Aktionen finden nicht länger fern von uns statt. Die Angst geht um, die Angst vor Krieg, die Angst davor, dass sich die Welt erneut in eine Spirale aus Krieg und Gewalt verstrickt.

Unsere Angst ist berechtigt. In vielen Krisenregionen sind Friedensprozesse zurückgeworfen oder unmöglich geworden. USA und die NATO setzen auf militärische Vergeltung. Es existiert keine juristische Instanz, die neutral nach Beweisen für die Schuldigen sucht und ein gerechtes Urteil fällt. Eigentlich sollte jetzt die Sinnlosigkeit von Militär und Gewalt mehr als offensichtlich sein. Die Katastrophe mahnt uns, nach den Gründen und Ursachen des Hasses und der Gewalt zu fragen, auch nach den eigenen Anteilen.

Die Folgen und Anforderungen an uns und unser gewohntes Leben scheinen plötzlich riesig und überfordernd. Unsere Regierungen scheinen dem nicht gewachsen zu sein. Sie setzen weiter auf Gewalt statt auf Dialog, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Was können wir tun?

Die Menschen schwanken hin und her zwischen Angst, Trauer, Verwirrung, Gefühlen von Unsicherheit, Rache und Ohnmacht. Wir haben

festgestellt, dass das Bedürfnis, sich auszudrücken sehr groß und überlebenswichtig ist.

Gefühle brauchen Platz, sie müssen ausgedrückt und durchlebt und werden. Verdrängte Gefühle führen zu Hoffnungslosigkeit, Resignation, Verbitterung und Hass. Es ist wichtig, die Menschen mit ihren Gefühlen nicht alleine zu lassen. Jedes Gefühl hat seine Berechtigung und sollte nicht gewertet werden. Es ist jetzt wichtig, den Platz bereit zu stellen, wo Menschen sich ausdrücken, Verständnis füreinander und Hoffnung entwickeln können. Jeder einzelne Mensch ist wertvoll. Jede einzelne Stimme hat Gewicht. Wir müssen neu lernen, diese Kraft zu spüren. Helfen Sie mit, den Menschen Handlungsperspektiven zu bieten. Rufen wir die Politiker zu Besonnenheit und Dialog auf, bevor es zu spät ist.

Dazu schlagen wir vor:

- Stoßen Sie an, Kerzen in die Fenster zu stellen als Zeichen der Trauer und des Mitgefühls für die Opfer
- Verteilen Sie unser Flugblatt oder entwickeln Sie eigene Texte.
- Initiieren oder laden Sie zu Friedensmessen und -Gebeten ein.
- Veranstellen Sie öffentliche Gedenk- und Mahnwachen, Friedenswege und Lichterketten wie z.B. die kath. Jugendstelle in Rosenheim oder Jugendliche in Kirchheim bei München. Ein Vorschlag für den Ablauf eines Ge-

sprachkreises ist über unser Büro zu beziehen.

- Stoßen Sie Gesprächskreise in der Nachbarschaft oder in öffentlichen Räumen an. Laden Sie muslimische, arabische und amerikanische MitbürgerInnen dazu ein.
- Laden Sie ExpertInnen mit gegensätzlichen Standpunkten zu Veranstaltungen ein. Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung.
- Besuchen Sie muslimische, arabische und amerikanische MitbürgerInnen. Lassen Sie sie nicht alleine in ihrem Schmerz und ihrer Angst. Helfen Sie dabei, die Isolation und Rückzug zu durchbrechen.
- Rufen Sie die Politiker zu Besonnenheit und Dialog auf. Unterstützen Sie die Politiker, die zu Besonnenheit aufrufen:
- Reden Sie mit den lokalen Parteien, Kirchen und Verbänden, damit sie ihre Stimme erheben.
- Schreiben, faxen oder mailen Sie an Politiker und Regierungen. Teilen Sie ihnen Ihre Bedenken mit. Sie können über unser Büro oder Internetadresse Vorlagen und Adressen beziehen.

Zeit für sachgerechte und humane Lösungen

Erklärung des Präsidiums der deutschen Sektion von pax christi zum Entwurf des Bundesinnenministers für ein Zuwanderungsgesetz vom 19.9. 2001

- Unterschreiben Sie per online-Unterschrift die Erklärung unter www.gewaltspirale-durchbrechen.de (Information und Kontakt unter jetzt@gewaltspirale-durchbrechen.de) oder die Erklärung von Friedensorganisationen "Brücken bauen, Gewalteskalation verhindern!" (über unsere Internetseite oder Büro zu beziehen)
- Unterschreiben Sie die internationale Petition an US-Präsident Bush unter www.PETITIONSIDE.com/takeaction/224622495
- Rufen Sie die Menschen dazu auf, sich am Tag X, wenn der Vergeltungsschlag der NATO beginnt, im Zentrum ihrer Gemeinde oder Stadt zu versammeln und deutlich zu machen, dass ein Krieg keine Lösung ist und die Politiker nicht die Meinung der Menschen vertreten.
- Verbreiten Sie diesen Text.
- Entwickeln Sie eigene Ideen, durchbrechen Sie die lähmende Angst. Viele Menschen fühlen wie Sie.

nandersetzung um den Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz auf die Bekämpfung des Terrorismus eng geführt zu werden. Ein politisches Klima, das geprägt ist von der Sorge um die eigene Sicherheit und der Suche nach den effektivsten Methoden zur Bekämpfung des internatio-

nen Terrorismus, ist wenig geeignet, die Zuwanderung von Menschen zu regeln, die entweder aufgrund politischer oder sozialer Notlagen Zuflucht in Deutschland suchen oder infolge der Veralterung der deutschen Gesellschaft oder des Facharbeitermangels für einen Aufenthalt in Deutschland angeworben werden. Die hiermit aufgeworfenen Fragen sind zu komplex. Eine schnelle Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes verhindert die notwendige Diskussion dieser Fragen. pax christi appelliert daher an die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien, die Terroranschläge nicht zum Anlass zu nehmen, das Zuwanderungsgesetz schnell zu verabschieden und nimmt zum vorliegenden Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

pax christi Deutschland erkennt die Notwendigkeit an, die Zuwanderung nach Deutschland zu gestalten und die Integration der Ausländerinnen und Ausländer zu fördern, wie es in den Zielen des Entwurfs von Bundesinnenminister Schily für ein Zuwanderungsgesetz formuliert ist. Doch eine künftige Regelung der Einwanderung - von erwünschten und gebrauchten Arbeitskräften - darf nicht zu Lasten Schutz bedürftiger Menschen gehen! Die geplanten Restriktionen würden aber den am weitesten reichenden Beitrag zur Entrechtung von Asylsuchenden und

Geduldeten seit dem Asylkompromiss von 1993 darstellen.

Das Präsidium der deutschen Sektion von pax christi begrüßt einzelne geplante Veränderungen wie die Gleichstellung von Flüchtlingen, die als politisch Verfolgte nach §16a anerkannt werden, mit denen, die aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention in Deutschland bleiben. Aber diese Verbesserung wird überschattet von den zahlreichen und gravierenden Verschärfungen für Flüchtlinge, die der Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz vorsieht. Er löst zentrale Fragen wie Härtefälle, „illegalisierte“ u.a.m. nicht, sondern verschlimmert sie. Trotz anders lautender Voten von allen Parteien, von der Süßmuth-Kommission sowie von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen soll es für die Opfer nicht-staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, für Abschiebebehäftigte keine Verbesserungen geben.

pax christi Deutschland fordert deshalb die Bundestagsabgeordneten auf, sich mehr Zeit für eine gründliche Beschäftigung mit der Problematik zu nehmen. Sie müssen sich sorgfältig mit den Argumenten der fachkompetenten Menschen in der konkreten Flüchtlingsarbeit auseinandersetzen, die sich durchweg in ihren Warnungen vor den Folgen der geplanten Regelungen einig sind. (... Fortsetzung Seite 14)

¹⁰⁾ Nach den Terroranschlägen in den USA droht in Deutschland die Ausei-

Allgemeine Wehrpflicht

Als im August die Diskussion um die Entsendung der Bundeswehr nach Mazedonien begann, wurde von unseren Politikern wiederum das Thema Wehrpflicht und Struktur der Bundeswehr aufgegriffen. Quer durch die Parteien waren sich Politiker einig, dass die heutige Gefährdung der Bundesrepublik und die Einbindung in das Nato-Bündnis eine Wehrpflicht nicht weiter rechtfertige. Diese stehe eher einer Anpassung der Bundeswehr an heutige Notwendigkeiten entgegen.

Ihren Teil zu dieser Diskussion trug die Forderung nach weiteren Mitteln zur Modernisierung des Material bei.

Die Allgemeine Wehrpflicht ist nur aus der Sicherheitspolitik begründbar

Die Allgemeine Wehrpflicht ist seit 1989 immer wieder in die Diskussion geraten. Sowohl die Reduzierung der Bundeswehr und mit ihr die Frage nach der Wehrgerechtigkeit als auch die Beteiligung an Einsätzen im Namen der Vereinten Nationen gaben hierzu den Anlass - nicht zuletzt auch die Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt.

Diese Diskussion, an der sich viele relevante gesellschaftliche Gruppen und Institutionen beteiligt haben, ist mit sechs verschiedenen Argumentengruppen - für oder wider die Allgemeine Wehrpflicht - geführt worden. Gesellschaftspolitische gegen historische, finanzielle bzw. volkswirtschaftliche gegen sicherheitspoli-

Und auch bei Betrachtung der unserer Nachbarländer muss registriert werden, dass die Tendenz eher zu Berufsarmee führt als zur Armee mit Wehrpflichtigen.

Inzwischen klagen nach dem Urteil des europäischen Gerichtshofes, welches zu Jahresbeginn Frauen den Weg in alle Bundeswehrlaufbahnen öffnete, Männer gegen ihre Diskriminierung durch die Wehrpflicht.

Im folgenden wollen wir einen Artikel des Theologen Heinz-Gerhard Justenhoven, den er zu diesem Thema schon 1994 veröffentlichte, wiedergeben.

tische und schließlich auch das Argument der Ausbildung und Rekrutierung. Lautet aber die Grundfrage, welchen Sinn und Zweck die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht hat oder ihre Abschaffung, so drängt sich die Frage auf, welches der diskutierten Argumente das zentrale ist. Oder ist es die Sicherheitslage, von der her die Größe der Streitkräfte und also die Notwendigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht zu befragen ist? Die Notwendigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht - oder ihre Abschaffung - ist ausgehend von einer Analyse der Sicherheitslage zu begründen. Diesem Argument gegenüber haben Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz oder Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft eben-

so wie andere genannte Argumente sekundären Charakter.

Die Sicherheit Deutschlands hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges radikal verbessert. Die unmittelbare militärische Bedrohung unseres Landes wie auch der Bündnispartner ist durch die Auflösung des Warschauer Paktes und die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa beendet. Das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes sind heute nicht mehr akut gefährdet. Unmittelbar relevante Faktoren für die Sicherheit Deutschlands und seiner westeuropäischen Verbündeten sind heute vielmehr die politisch-ökonomische Stabilität Mittel- und Osteuropas.

Der politische Streit über Art und Umfang einer Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen ist noch im Gange. Dabei ist zumindest unstrittig, dass die Sicherheitslage Deutschlands nicht als Begründung für die Beteiligung an UNTAC (Kambodscha) oder UNOSOM II (Somalia) herangezogen worden ist. Als Begründung wird letztlich die Mitverantwortung Deutschlands für die Sicherheit in der Völkergemeinschaft angeführt. Dieser Unterschied ist nicht ohne Bedeutung.

Mit der Allgemeinen Wehrpflicht gehen Einschränkungen der Grundrechte einher. Diese sind als solche noch keine Verstöße gegen die Menschenwürde, aber sie sind auch nicht unproblematisch. Gleichzeitig erscheint die Allgemeine Wehrpflicht häufig als derart unproblematisch, dass lediglich ihre gesellschaftspolitischen Aspekte diskutiert werden. Welche Begründung steht nun hinter

Artikel 12a des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften verpflichtet werden“?

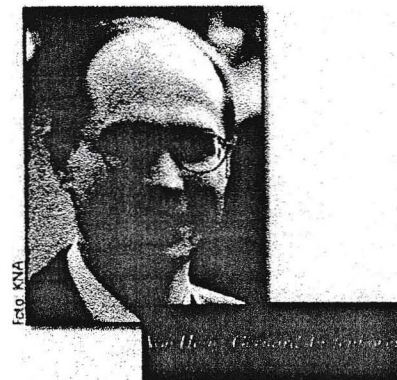


Foto KNA

In der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts heißt es, dass der Bürger zum Schutz der obersten Rechtsgüter der Gemeinschaft herangezogen wird, deren personaler Träger er selbst ist (BVerfG 12, 45 [51]). Nun schreibt aber das Grundgesetz die Allgemeine Wehrpflicht nicht vor, sondern erlaubt sie. Ist es damit in das Belieben des Gesetzgebers gestellt, ob er alle Männer zum Wehrdienst verpflichtet oder ob er eine Freiwilligenarmee wählt? Folgt man dem Verfassungsrechtler Harald Döring, so trägt der Staat die Beweislast für die Rechtmäßigkeit von Eingriffen in die individuelle Freiheit, wie die Wehrpflicht sie darstellt.

Wenn der Staat durch äußere Bedrohung so gefährdet ist, dass er nicht anders geschützt werden kann, ist — im Rahmen des Grundgesetzes — eine Verpflichtung aller Staatsbürger zum Wehrdienst legitim. Der einzelne Staatsbürger be-

darf nämlich der staatlichen Gemeinschaft, um sein individuelles Wohl erreichen zu können. Eine Einschränkung seiner Rechte um der Abwehr einer existentiellen Bedrohung des Staates willen ist in diesem Fall die Voraussetzung, dass er auch künftig sein individuelles Wohl in der staatlichen Gemeinschaft anstreben kann.

Dies bedeutet zugleich, dass die Begründung für die Allgemeine Wehrpflicht entfällt, wenn die existentielle Bedrohung des Staates nicht mehr besteht. Da die Bundesrepublik Deutschland nur noch von freundschaftlich gesonnenen Staaten umgeben ist, kann eine existentielle Bedrohung als Begründung für die Allgemeine Wehrpflicht nicht mehr herangezogen werden.

Lässt sich die Mitverantwortung Deutschlands für Frieden und Sicherheit in der Völkergemeinschaft als Begründung für die Allgemeine

Wehrpflicht heranziehen? Auch in diesem Fall müsste gezeigt werden, dass die Sicherheit des (internationalen) Gemeinwohls so nachhaltig bedroht ist, dass die Allgemeine Wehrpflicht und damit die Beschneidung der Rechte der Einzelnen die einzige Möglichkeit wäre, die Bedrohung abzuwehren. Dies aber wird derzeit niemand ernsthaft behaupten. Daher ist die Begründung für die Allgemeine Wehrpflicht entfallen. *

Quelle: Keine Zukunft für die Allgemeine Wehrpflicht; Publikationen der Katholischen Akademie Hamburg, Band 13; Hrsg.: Günter Gorschnek und Heinz-Gerhard Justenhoven, 1994

Dr. theol. Heinz-Gerhard Justenhoven, geboren 1958 in Köln, ist seit 1995 Direktor des Instituts für Theologie und Frieden Barsbüttel

...Fortsetzung von Seite 11:

Das Präsidium der deutschen Sektion von pax christi appelliert an die Verantwortlichen, das Thema aus dem Bundestagswahlkampf heraus zu halten, um ausländerfeindliche Stimmungen nicht weiter zu schüren. Doch Zeitdruck trägt auch nicht zu sachgerechten und wirklich humanen Lösungen für die Zuwanderung bei.

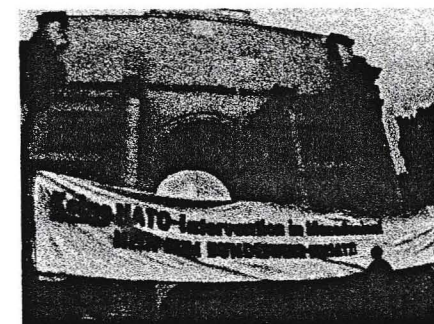
Es folgt eine Aufzählung von Punkten im Entwurf, die einer dringenden Überprüfung und Veränderung bedürfen. Der Gesamttext ist im deutschen Sekretariat bzw. in der Bistumsstelle zu erhalten.

Wehrpflicht im internationalen Vergleich

	Wehrpflicht (Dauer)		Wehrpflicht (Dauer)
Belgien	Abgeschafft	Niederlande	zuletzt 10 Monate
Deutschland	ja (10 Monate)	Österreich	letzte Einberufung 1998
Dänemark	ja (4-12 Monate)	Polen	schon abgeschafft worden (zuletzt 6 Monate)
Finnland	ja (6 Monate)	Portugal	ja (4 Monate)
Frankreich	Abgeschafft	Schweden	ja (7,5-15 Monate)
Griechenland	ja (10 Monate)	Spanien	wird abgeschafft (zuletzt 9 Monate)
Großbritannien	Nein	Türkei	ja (10 Monate)
Italien	Nein	USA	Nein
Luxemburg	Nein		
Japan	schon abgeschafft worden		

Die Entsendung der Bundeswehr nach Mazedonien

In der Sommerpause wurde im Parlament heftig um die Entsendung der Bundeswehr nach Mazedonien gerungen. Schließlich kam eine Entscheidung zur Entsendung zustande, die nur mit den Stimmen der Opposition möglich wurde. Einzelne Abgeordnete der Regierungskoalition konnten der Entscheidung nicht zustimmen. Einzige die PDS stimmte als ganzes gegen diese Entsendung. Im folgenden wird das Abstimmungsverhalten von Politikern aus der Region dokumentiert, die gegen die Beteiligung der Bundeswehr stimmten. Zur Einschätzung der Situation in Mazedonien und der Verantwortlichkeiten für die aktuellen Entwicklungen dort ist eine Artikel von Jan O-



berg, Direktor der »Transnational Foundation for Peace and Future Research« (TFF), Lund, Schweden, in Wissenschaft & Frieden 3/2001 empfehlenswert. Er kann über das Pax Christi Büro bezogen werden.

Münchener CSU Abgeordnete

Auf Nachfrage zu ihrem Abstimmungsverhalten in der Mazedonienfrage antworteten Johannes

Singhammer und Herbert Frankenhauser. Hier die Gründe von Johannes Singhammer:

"Aufgrund der in den vergangenen Jahren massiv durchgeführten Einsparmaßnahmen im Bereich des Haushaltes der Bundeswehr habe ich die Sicherheit unserer Soldaten vor Ort in Mazedonien nicht für ausreichend gewährleistet gehalten. Die permanente Unterfinanzierung der

Klaus Barthel (SPD)

Im folgenden ein Interview mit Michael Ruhland von der Süddeutschen Zeitung vom 3.8.2001 zur Position von Klaus Barthel.

SZ: Bundeskanzler Gerhard Schröder hat seine Sommerreise unterbrochen, um seine Mannen in der Mazedonienfrage hinter sich zu bringen. Hat er sich bei Ihnen schon gemeldet?

Barthel: Nein, ich gehe davon aus, dass das unmittelbar im Vorfeld der Entscheidung des Bundestages passiert. Vermutlich in der nächsten Woche.

SZ: Haben Sie Ihre Meinung inzwischen revidiert?

Barthel: Dazu besteht kein Anlass. Es geht uns darum, dass sich die NATO-Politik auf dem Balkan grundsätzlich ändert. Sie stolpert von einem Einsatz in den anderen, es entstehen immer neue Krisenherde, ohne dass sich eine Lösung abzeich-

Die 5 Grünen

Einzig fünf Grüne Abgeordnete widersetzten sich der Parteilinie, hier ihre Gründe:

16 "Aus folgenden Gründen lehnen wir den Antrag der Bundesregierung,

Bundeswehr zeigt nunmehr seine Wirkung. Der Auftrag für die NATO-Soldaten war nicht exakt genug definiert."

Herbert Frankenhauser hält daneben "die involvierte Begrenzung des Einsatzes auf 30 Tage für völlig unrealistisch".

net. Wir brauchen ein tragfähiges Modell unter Einbeziehung aller Beteiligten. Dazu gehört gerade auch Russland.

SZ: Ist die Entwaffnung der Rebellen nicht ein Schritt in die richtige Richtung?

Barthel: Nein. Man würde die Bundeswehr in eine unklare Mission schicken. Die Gefahr einer Eskalation ist weit größer, als dass sich dort etwas beruhigt. Die Befürchtung ist, dass es nicht bei 500 Mann bleiben wird. Wenn die Rebellen die Waffen freiwillig abgeben wollen, wozu brauche ich da die NATO? Wenn nicht, dann kann man nicht leicht oder gar nicht bewaffnete Soldaten runterschicken. Außerdem: Hinter dem Rücken der friedenssichernden Truppen wird die UCK von den USA mit Waffen versorgt.

Bundeswehrsoldaten im Auftrag der NATO nach Mazedonien zu entsenden, ab:

1. Deutsche Außenpolitik muß Friedenspolitik sein. Die Entsendung von Soldaten nach Mazedonien wird diesem Ziel nicht gerecht. Die Gründe für eine solche Entscheidung beruhen auf dem Irrtum, daß ethnische Konflikte mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Dahinter steht der Primat von politisch-militärischem Sicherheitsdenken. Nicht militärische Eskalation, sondern eine politische Lösung muß das Ziel von Politik sein.
2. Als Konfliktschlichter ist die NATO ungeeignet. Sie besitzt in Mazedonien kein Vertrauen, da sie die kosovo-albanische UCK unterstützte, deren Entwaffnung nicht durchsetzte und trotz Kfor-Präsenz den Waffeneinsatz der UCK in Serbien und Mazedonien nicht verhinderte.
3. Der geplante NATO-Einsatz ist widersprüchlich. Wenn die UCK bereit ist, freiwillig ihre Waffen abzugeben, bedarf es nicht der NATO, die Waffen einzusammeln. Wird jedoch die NATO gebraucht, dann nicht für den begrenzten Zweck des Waffeneinsammelns und über eine Dauer von 30 Tagen hinaus.
4. Die internationale Politik darf nicht in eine Gewaltfalle laufen, die Parallelen zur Eskalation im Kosovo aufweist. Es steht zu befürchten, daß sich der Auftrag für eine NATO-Eingreiftruppe nicht auf das Einsammeln von Waffen beschränken läßt, sondern die aktive Verhinderung der Wiederaufnahme von Kampfhandlungen

einschließt. Dafür reichen aber 3000 Soldaten nicht aus.

Wir befürchten, daß eine erneute massive Militärintervention der NATO auf dem Balkan, deren Verlauf und Ergebnis nicht vorhersehbar ist, eine weitere Destabilisierung der Region bewirkt.

1. Bisher wurde nicht in Frage gestellt, daß der Kosovo-Krieg ein einmaliges Ereignis war, das sich nicht wiederholen dürfe. Wir befürchten, daß sich bei einer Zustimmung zur Entsendung weiterer Soldaten ein solcher Krieg wiederholt.
2. Wir sind der Auffassung, daß ein erneuter Alleingang der NATO die Autorität der UN beschädigt und deren Anspruch auf weltweite Friedenssicherung aushöhlt. Ziel deutscher Außenpolitik muß es aber sein, die Autorität der UN und deren Friedenssicherungsfunktion zu erhalten und zu stärken.
3. Wir haben grundsätzliche Zweifel an der Überlegenheit eines militärischen Instrumentariums gegenüber dem politischen Instrumentarium zur Krisenbewältigung und Konfliktlösung.
4. Wir sind der festen Überzeugung, daß der Konflikt in Mazedonien nur mit friedlichen Mitteln unter Einbeziehung der UN und der OSZE gelöst werden kann. Dazu müssen UN und OSZE den Auftrag erhalten sowie die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, die zu

einer friedlichen Lösung des Konflikts notwendig sind. Außenpolitik als Friedenspolitik hat für uns Vorrang vor dem Einsatz militärischer Mittel.

Die Einwirkungsmöglichkeiten auf beide Konfliktparteien unterhalb der Ebene physischen Zwangs sind noch längst nicht ausgeschöpft. Der notleidende Kleinstaat Mazedonien ist auf ökonomische Hilfe von außen angewiesen und kann zu einer Minderheitenpolitik, die internationalen Standards entspricht, mittels einer Kombination von Anreizen und Druck bewegt werden. Die militanten albanischen Kräfte haben ihre materielle

Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP)

"Die Bedingungen der politisch notwendigen Beteiligung der Vereinten Nationen sind bisher nicht erfüllt. Das Statement des Präsidenten des Sicherheitsrates der UN vom 13. August 2001 ist keine Zustimmung zum NATO-Einsatz "Essential Harvest", sondern nur eine allgemeine positive Äußerung zu den Anstrengungen aller - EU, OSZE und NATO - und enthält

die Aufforderung an die internationale Staatengemeinschaft, die Regierung der Republik Mazedonien zu unterstützen. Damit wird gerade eine stärkere Beteiligung der Vereinten Nationen eingefordert.

Generalsekretär Kofi Annan hat in seinem Statement vom 13. August 2001 ebenfalls keine Zustimmung zu dem NATO-Manöver gegeben, son-

Basis im Einflußbereich der internationalen Gemeinschaft: im Kosovo, in Albanien und in einzelnen Diasporaländern. Dort die Alimentierung des Bürgerkriegs wirksam zu unterbrechen, ist eine bisher höchst unzureichend genutzte Option.

Erforderlich ist deshalb ein langfristig angelegtes politisches Konzept, um der Region eine Perspektive für Frieden, Freiheit und Wohlstand zu geben. Ein richtiger Ansatz ist der von der EU entwickelte Stabilitätspakt für die Region. Dieser ist fortzuentwickeln."

dem der internationalen Gemeinschaft, besonders der EU und der NATO, für ihre Anstrengungen beim Abschluss des Vertrages zur Zusammenarbeit zwischen der mazedonischen Regierung und den albanischen Friedenskämpfern gedankt. Das jetzige NATO-Manöver "Essential Harvest" setzt eine gefährliche Entwicklung fort, die dahin zielt, den Vereinten Nationen zunehmend das Gewaltmonopol zur internationalen Friedenssicherung zugunsten der NATO zu entziehen. Die Vereinten Nationen haben schon jetzt erheblichen Schaden genommen, ob die NATO der Gewinner sein wird, ist äußerst fraglich."

Quelle: <http://www.leutheuser-schnarrenberger.de/>

Egon Scotland

Vor zehn Jahren, am 26. Juli 1991, wurde der Reporter der Süddeutschen Zeitung Egon Scotland in Sisak/Kroatien von Heckenschützen in seinem Auto erschossen.

Der Text "Was kann ich für den Frieden tun?" aus seinem Notizbuch soll die Erinnerung an ihn wachhalten.

Was kann ich für den Frieden tun?

Ich bin doch machtlos.

Hat denn meine Stimme überhaupt Gewicht?

In einer alten Fabel wird erzählt:

*"Sag was wiegt die Schneeflocke?",
fragte die Tannenmeise die Wildtaube.*

"Nicht mehr als ein Nichts",

gab die zur Antwort.

*"Da muss ich dir eine wunderbare Geschichte erzählen",
sagte die Meise.*

*"Ich saß auf dem Ast einer Fichte,
als es zu schneien anfang, nicht etwa heftig im Sturmgebräus,
nein, lautlos und sacht. Da nichts besseres zu tun war,
zählte ich die Schneeflocken, die auf die Zweige und
Nadeln des Astes fielen und daran hängen blieben.
Genau dreimillionensiebenhunderteinundvierzigtausendneun-
hundertzweiundfünfzig waren es, und als die dreimillionen-
siebenhunderteinundvierzigtausendneunhundertdreiundfünfzigste
Flocke niedersank, nicht mehr als ein Nichts, da brach der Ast ab."
Damit flog die Meise davon.*

*Die Taube, seit Noahs Zeiten
Spezialistin in diesen Fragen,
sagte sich nach kurzem Nachdenken:*

*"Vielleicht fehlt uns nur eines
einzigen Menschen Stimme zum
Frieden in der Welt."*



Friedensdienste

Neues aus Benkovac

Aktuelle Lage vor Ort

Eine angespannte politische Lage besteht seit einigen Monaten in Verbindung mit dem Haager Tribunal und der Auslieferung von kroatischen Generälen. Im Gegensatz zur Lage im Frühjahr 2001, kam es zwar diesmal nicht zu Strassensperren und anderen Demonstrationen. Aber die aushängenden Plakate «Er ist ein Held und kein Verbrecher» mit dem Bild Ex-Generals Ante Gotovina's und Parolen auf den Häusern «Wir geben unseren General nicht den Kommunisten» deuten auf die Krise im Land hin. Die Spaltung verläuft zwischen der sozial-demokratischen Regierung in Zagreb, die eine Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal befürwortet und separatistischen Tendenzen im Lande, besonders stark in den ehemaligen Kriegsgebieten, aber auch innerhalb der Regierungskoalition. (Kam es doch nach dem kürzlichen Rücktritt einiger Minister zum Misstrauensvotum in Zagreb. Entzündet hatte sich das ganze ebenfalls an der Frage der Zusammenarbeit mit Den Haag, letztendlich wurde aber die Regierung bestätigt.)

Diese Entwicklung bekommen wir auch in Benkovac zu spüren in heftigen bis z.T. aggressiven Diskussionen, da ja auch wir als Vertreter der internationalen Gemeinschaft betrachtet werden. Für uns ist es oft unverständlich, dass sich die Kroaten durch die Bank weg

als reine Opfer sehen und nur die Serben als Aggressoren. Selbst bei den sonst aufgeschlossenen Jugendlichen besteht diese Meinung. Andererseits: mit Druck und Anschuldigungen werden die Kroaten wahrscheinlich noch defensiver und brechen den Dialog gänzlich ab. Dieser Dialog ist ja noch gar nicht begonnen worden, zu schmerzlich ist den Meisten auch jetzt noch das Reden über den Krieg. Erst heute haben wir uns wieder gefragt, ob die Zeit für uns als Pax Christi überhaupt schon gekommen ist, solche Fragen anzugehen.

Gerade aus dem Grund ist es für die meisten internationalen Organisationen schwierig, überhaupt Zugang zu Benkovac und den umliegenden Dörfern zu bekommen. Dies gilt umso mehr als sie offensichtlich an Projekten arbeiten, die darauf abzielen, Rückkehr möglich zu machen (Hausreparatur für Rückkehrer, landwirtschaftliche Starthilfen etc.). Für derlei Projekte ist meist eine vertragliche Vereinbarung mit der Stadt erforderlich, die – wenn überhaupt – erst nach monatelangen zähen Verhandlungen zu erzielen ist. Als Ergebnis sind daher in Benkovac und Umgebung praktisch keine internationalen humanitären Organisationen tätig.

So gesehen ist es schon ein grosser Erfolg, dass Pax Christi Benkovac, das als Projekt des Community Building einen anderen Ansatz als

die Verteilung humanitärer Hilfe verfolgt, in Benkovac Fuss gefasst hat und seine Arbeit durch die örtlichen Autoritäten nicht behindert sondern geduldet wird (= eine Art Stillhalte-Abkommen). Der Ansatz von Pax Christi zielt darauf ab, lokale Initiativen zu identifizieren, sie durch Selbstorganisation, Vernetzung auf lokaler Ebene und Anleitung zu Hilfe zur Selbsthilfe unter Anwendung des Austauschprinzips zu stärken und in diesem Prozess zu begleiten. Dies geschieht immer mit dem Ziel vor Augen, diese Initiativen auf eine sichere Basis zu stellen, von der ausgehend sie dann selbständig und dauerhaft weiterarbeiten können.

Aus diesen Gründen freuen wir uns über die kleinen Schritte innerhalb des Community Building Projektes «Colore»: Der Pfarrer hat die Interviewphase für «Colore» von der Kanzel angekündigt und die Teilnahme am Projekt empfohlen. Über den Bibliothekar wurde im Juni viermal in der Lokalzeitung über Pax Christi Aktivitäten berichtet (Community Building Projekt «Colore», Arbeitscamp in Polen und das Jugendmagazin «Benkolist»). Dies betrachten wir als ein Zeichen der vermehrten Akzeptanz von Pax Christi in Benkovac und eine bisher nicht mögliche Offenheit für unsere Arbeitsinhalte und Ziele.

Das Internet-Cafe «ColourNet»

Im Juli diesen Jahres führte Pax Christi Benkovac im Rahmen des Community Building Projektes «Colore» eine aktivierende Umfrage durch, die der Erhebung der

Interessen, Fähigkeiten und Ressourcen der Einwohner von Benkovac diene. Daran nahmen mehr als ein Drittel der Haushalte von Benkovac teil.

Im Rahmen dieser Erhebung wurde besonders häufig ein Interesse am Umgang mit und Zugang zu Computern geäussert und es bildete sich eine Gruppe von 6-8 jungen Leuten, die die Idee von «ColourNet» weiter entwickeln möchte. Mit dieser Gruppe haben wir nun begonnen workshopmässig zu arbeiten (z.B. kreative Methoden, Projektplanung, Arbeitsorganisation).

Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass es in Benkovac keinen Raum gibt, in dem sich junge Leute treffen können und den sie selbst nach ihren Vorstellungen gestalten können. Ausserdem, dass es hier einen grossen Bedarf an PC-Kursen gibt, aber auch schon Leute bekannt sind, die sich mit Computern auskennen und ihr Wissen gerne weitergeben würden. Als Verbindung dieser Elemente ist die Idee eines offenen Internet-Cafes entstanden, das gleichermassen als Treffpunkt, als auch als Ort für Weiterbildung dienen kann, und nebenbei noch bisher fehlende Kommunikationsmöglichkeiten nach aussen eröffnet. Sei es durch E-mail-Kontakt mit Verwandten und Freunden im In- und Ausland oder die Möglichkeit, die

Textverarbeitungsprogramme für offizielle Briefe nutzen zu können und so mit Behörden oder potentiellen Arbeitgebern in Kontakt zu treten. Für ein derartiges Angebot

besteht eine grosse Nachfrage, da es in Kroatien nicht üblich ist, dass die Leute zu Hause einen Computer oder gar Internetzugang zur Verfügung haben.

«ColourNet» soll als Pilotprojekt im Rahmen von Colore zeigen, dass lokale Initiativen, die eine Starthilfe/Anschubfinanzierung bekommen haben, dann in der Lage sind, sich durch Eigenarbeit und Eigeninitiative mit den vor Ort vorhandenen Ressourcen (z.B. Personal, Wissen) selbst kostendeckend zu tragen. «ColourNet» soll nicht profi-orientiert arbeiten, sondern als in erster Linie soziales Projekt allen in Benkovac offenstehen und bisher nicht vorhandene Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches eröffnen. Gleichzeitig setzt ein solches Projekt ein sichtbares Zeichen, dass sich in Benkovac zum Nutzen aller etwas bewegen lässt und das in erster Linie in der Hand der lokalen Bevölkerung liegt.

Nun bringt unser neuer Kollege Arne Lange Mitte September eine Fuhre von 6 gebrauchten PC's aus Deutschland mit, mit denen wir die wichtigste Grundausrüstung

erfreulicherweise (einen riesen Dank der Caritas Aachen!!!) haben.

Aber viele andere Kosten werden dazu kommen, Einrichtung der Raueme mit Spüle, Tischen, Stühlen, Musikanlage, Farben und Pinsel zum Renovieren, Geschirr für Kaffeestube, Anschub für Raummiete, Telefonverkabelung, Internetvernetzung, etc. All diese Dinge wollen wir mit möglichst viel Hilfe der Bevölkerung selbst bauen, basteln, installieren lassen, aber auch dafür fallen doch einige Kosten an.

Für eine finanzielle Unterstützung gerade in der Anfangsphase würden sich die Jugendlichen und wir uns sehr freuen. Später, wenn es läuft, dann können wir vielleicht an Töpfe in Kroatien herankommen. Dafür muss die Initiative sich aber erstmal unter Beweis stellen, eine Welle arbeiten und sich dann als Verein registrieren lassen. Gerade diesen Übergang zu schaffen, kann ein wertvolle Aufgabe von Pax Christi sein.

Michaela Seitz und Katja Hartmann,
12.9.01

„Vom Schulhof bis zum Kosovo ...“

Auf dem Weg zu einer Kultur gewaltfreier Konfliktlösung und Streitschlichtung

Vom 22. – 23. Juni 2001 fand im Kardinal-Döpfner-Haus, Freising, ein Seminar statt, das auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen Anregungen zur Versöhnungsarbeit ge-

ben sollte. In der Kursleitung arbeiteten Jochen Töller, Referent im Bildungszentrum der Erzdiözese München und Freising, Hans Rehm, Zivildienstseelsorger der Erzdiözese, und Gertrud Scherer von Pax Christi, München zusammen.

Als Einstieg hielt am Freitag Hans Koschnick, Bürgermeister a.D., Bremen, einen Vortrag zum Thema: **“Frieden schaffen ohne Waffen - konkrete Erfahrung aus der Friedensarbeit am Balkan.”** Hans Koschnick lebte von bis in der geteilten Stadt Mostar, um – im Auftrag der EU – das friedliche Zusammenleben von Muslimen und Kroaten dort zu ermöglichen. Er erzählte eindrucksvoll von den Mühen, unterschiedliche ethnische Gruppierungen zu einem Gespräch zusammenzuführen, wofür der Vermittler sehr viel geschichtliches, kulturelles und religiöses Hintergrundwissen braucht. Nur in kleinsten Schritten war Versöhnungsarbeit überhaupt zu leisten. Oftmals erlitt er in seiner Tätigkeit Rückschläge, scheiterte z.T. gegenüber massiver Gewalt und lernte auch mit Bedrohungen seiner Familie umzugehen. Auch wenn er immer wieder ratlos war, wie er offen bekannte, ließ er sich dennoch nicht entmutigen und vom Weg abbringen, sondern arbeitete mit größtem Engagement weiter für den Frieden in dieser Region.

Auch nach dem Ende seiner offiziellen Tätigkeit setzt sich Hans Koschnick noch für möglichst gewaltfreie Lösungen durch Gespräche und Verträge ein. Seiner Meinung nach ist jedoch militärische Gewalt als letztes Mittel nicht von vorneherein auszuschließen.

Der sehr engagiert gehaltene Vortrag stieß bei allen etwa 50 Zuhörern auf großes Interesse und stimmte viele sehr nachdenklich.

Am Samstag wurden drei verschiedene Arbeitsgruppen vorgestellt, auf die sich die circa 30 Seminarteilnehmer aufteilen konnten.

Die erste Gruppe setzte sich unter Leitung von Vreni Rohrbach von Bornhard, Mitglied der Arbeitsgruppe Schulmediation e.V., München, mit **Streitschlichtung im Schulalltag** auseinander. Die Teilnehmer ließen sich in das mediative Denken einführen und lernten die Stufen der Eskalationsdynamik und die verschiedenen Phasen eines Schlichtungsgesprächs kennen. Neben der Theorie blieb auch Zeit für praktische Beispiele, dargestellt in Rollenspielen, und für eine rege Diskussion, in der auch die Grenzen der Schulmediation angesprochen wurden.

Um „**Konfliktmanagement und Stadtteilvermittlungsarbeit**“ ging es in der zweiten Gruppe. Elisabeth Stahl hatte im Rahmen einer städtischen Arbeitsstelle den Auftrag, das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen in einem Stadtteil Frankfurts zu ermöglichen und die Leute miteinander ins Gespräch zu bringen. Es zeigte sich, dass die Anlässe der Streitereien oft alltägliche Probleme, wie Müllbeseitigung und Lärmbelästigung, sind, und die Konfliktparteien dazu aufgrund ihrer unterschiedlichen kulturellen Zugehörigkeit verschiedene Perspektiven einnehmen, bzw. das Problem nicht als solches erkennen. Durch einen Mangel an Austausch ergeben sich

aus kleinen Anfängen oft schwerwiegendere Missverständnisse. Elisabeth Stahl und ihre Mitarbeiter führten zunächst Einzelgespräche mit den Streitparteien, in denen versucht wurde, das Problem zu konkretisieren und die Bereitschaft zu einem Gespräch mit den anderen Konfliktparteien zu wecken. Daran schloss sich erst ein Mediationsgespräch an. Auch Vertreter einzelner Ämter wurden - wenn nötig - eingeschaltet. Es stellte sich heraus, dass die auf diese Weise hergestellten Kontakte zwischen den verschiedenen Ämtern wiederum die Arbeit effektiver machten.

Die dritte Arbeitsgruppe „Ziviler Friedensdienst“ leitete Dr. Elisabeth Hafner von Pax Christi, Gilching, und Mitglied im Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD). Sie war kurzfristig für eine andere Referentin eingesprungen.

Konfliktbearbeitung nach den Prinzipien der Gewaltfreiheit, Methoden der Friedenspädagogik und Vermittlung bei Interessengegensätzen gelten als Schwerpunkte des Zivilen Friedensdienstes.

Informationen über Ausbildung, Tätigkeit, Finanzierung und Zukunftsperspektiven der Friedensarbeiter nahmen einen breiten Raum in dieser Arbeitsgruppe ein. An dieser Stelle sei auch auf das neue Faltblatt „Frieden erarbeiten – pax christi Friedensdienste“ hingewiesen.

Bosniens, zeigte, dass zwei deutsche „Friedensfachfrauen“ u.a. die Begegnung zwischen den verschiedenen Gruppen in der Stadt fördern. Die Hoffnung ist berechtigt, dass Hilfe zur Selbsthilfe möglich ist.

Das Jugendcamp im Gebiet Benkovac, kroatische Krajina, bei dem Serben, Kroaten, Muslime und Deutsche im Sozialeinsatz tätig waren, trägt zum gegenseitigen Verständnis bei - ein weiteres hoffnungsvolles Beispiel von Verständigung.

Ein Gruppenteilnehmer aus dem Kosovo plädierte eindringlich dafür, „Friedensarbeit“ bei den dortigen Kindern, in Kindergärten, Schulen usw. anzufangen.

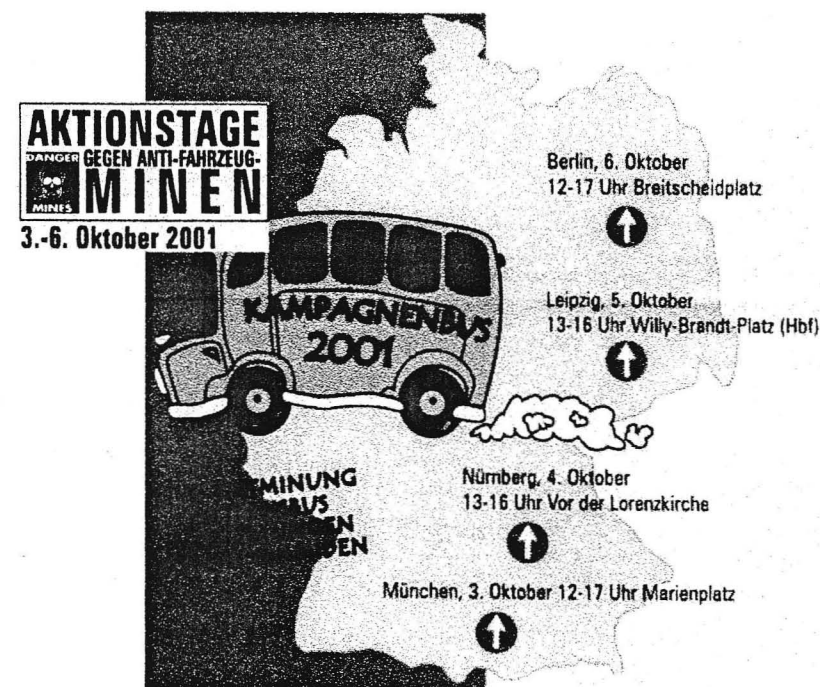
Abschließend betonte E. Hafner, dass es weiterhin wichtig sei, Medienaufmerksamkeit zu wecken für die Zivilen Friedensdienste bzw. für Prävention und die Politiker auch in unserem Land nicht aus ihrer Verantwortung für zivile Konfliktbearbeitung zu entlassen. So machte auch eine Unterschriftenliste die Runde, die einen Antrag für einen Untersuchungsausschuss im Bundestag zu verschiedenen ungeklärten Fragen bezüglich des Jugoslawienkriegs unterstützt.

In der zusammenfassenden Plenumsrunde wurde die Tagung allgemein positiv eingeschätzt, der informative und ermutigende Vortrag von Hans Koschnick hervorgehoben. Die Auswahl zwischen den drei Arbeitsgruppen zum Thema „Gewaltfreie Konfliktlösung“ – je nach Interessenlage – wurde wegen der ver-

schiedenen gesellschaftlichen Ebenen als sinnvoll bewertet. In der Gesamtgruppe zeigten sich Unterschiede, aber auch viele Gemeinsamkeiten. Ein reger Austausch zur praktischen Umsetzung, Anstöße für Schule, insbesondere Religionsunterricht, und Pfarreiarbeit waren Inhalte der Schlussrunde. Auf themenbezogene Angebote des Schülerzentrums Fürstenried, Aktionen von

Missio und Misereor im Jahr 2002 und den aktuellen „Friedenshirtsbrief“ der deutschen Bischöfe wurde hingewiesen. Folglich konnte jeder Seminarteilnehmer eine Fülle von Anregungen zum Weiterdenken und – arbeiten für den Frieden mit nach Hause nehmen.

Maria Fischer, Maria Holzmann, Pax-Christi-Gruppe Landshut



24 Ein Erfahrungsbericht aus Banja Luka, Hauptstadt des serbischen Teils

Misereor 2002

An dieser Stelle möchten wir auf die kommende Misereor Fastenaktion hinweisen. Zum einen werden zentrale Aktionen in München stattfinden, zum anderen greift Misereor Themen auf, die auch Pax Christi Themen sind: Die Friedensfrage und als begleitende Projekte wird Aktionen zu Landminen und Kindersoldaten thematisiert. Es wäre schön wenn wir als pax christi unsere Erfahrungen zu diesen Themen mit in die Gemeinden einbringen könnten und sie vielleicht auch über die nächste Fastenzeit weiterführen könnten.



Die Misereor-Fastenaktion hat ihren Ort in der Fastenzeit der Kirche. Sie verbindet die Bereitschaft zur Besinnung und Erneuerung des Lebens in der Nachfolge Jesu mit einer entwicklungspolitisch brisanten Herausforderung.

Die Fastenaktion 2002 greift als Herausforderung die *Friedensfrage* auf: Oft stehen uns die Bilder von Krieg und Gewalt vor Augen. Unsere Partner im Süden und gerade in Afrika, das häufig nur noch mit Gewalt assoziiert wird, berichten uns aber auch von vielen Zeichen der Hoffnung und Schritten des Friedens.

Misereor fühlt sich daher in doppelter Hinsicht gefordert: als nahezu unmittelbarer Zeuge der Gewalt, aber mehr noch als Mittler von konkreten Möglichkeiten der Solidarität, die Gerechtigkeit und Frieden voran bringt.

"Frieden ist TATSache. Misereor-Mut zur Versöhnung". Mit dem *Leitwort* behauptet Misereor eine Wirklichkeit, die der Erfahrung nicht zu entsprechen scheint. Es zeichnet eine Zukunft, die gleichermaßen Geschenk ist und doch auch Frucht menschlichen Handelns und insbesondere menschlicher Umkehr

"Frieden ist TATSache" ist eine Herausforderung für Menschen im Norden wie im Süden: Dem Appell, für den Frieden zu handeln, müssen wir uns in Deutschland persönlich und im größeren Rahmen ebenso stellen wie Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Mit dem Leitwort wirbt Misereor auch um Ihr Vertrauen als Spender und verweist im Kontext des Themas auf das, was in den Misereor-Projekten an Friedenstatsachen gewachsen ist: Menschen überwinden das Trauma ihrer Kriegs- und Gewalterfahrung,

Minenopfer blicken mit einer Hoffnung nach vorne, ehemals verfeindete Menschen wagen wieder den Schritt aufeinander zu, und in einer Vielzahl von Entwicklungsprojekten wird um eine gerechtere und menschenwürdigere Lebenswelt gerungen.

Zwei Friedensprojekte hat Misereor dabei in den Mittelpunkt seiner Aktion 2002 gestellt:

- Kindersoldaten
- Landminen

Im folgenden die Beschreibung des Kindersoldatenprojektes.

Kindersoldaten

Wiedereingliederung und Ausbildung von ehemaligen Kindersoldaten in Liberia

"Ich habe damals viele Leute umgelegt." Ohne äußere Regung erzählt der 17-jährige Samuel einen Teil seiner Lebensgeschichte, die sich wie ein Horrormärchen anhört. Inzwischen kann er wieder über seine



Vergangenheit in Liberia sprechen, die sechs Jahre lang von Krieg, Gewalt und Entbehrungen gekenn-

zeichnet war. Samuel war Soldat in der "Kinderbrigade" der Rebellenorganisation "Nationale Patriotische Front" des Warlords Charles Taylor. Eines Tages erschossen Soldaten seine Eltern. Er und andere Kinder seines Dorfes wurden kurzerhand mitgenommen und zwangsrekrutiert. Was folgte, waren eine mehrwöchige "Ausbildung" an der Waffe und ein jahrelanger Kampf an der Seite der erwachsenen Soldaten. Samuel wurde gezwungen, sich an Brandschatzungen, Folterungen



und Plünderungen zu beteiligen - der damals 11-jährige

hatte keine andere Wahl.

Die UNO schätzt, dass ein Viertel aller Kämpfer der verfeindeten Bürgerkriegspartien in Liberia Kinder waren - also etwa 20.000. Zwischen 250.000 und 350.000 Kinder, so die Schätzungen, kämpfen in den Armeen der Welt - in Afghanistan, im Sudan, in Sierra Leone und anderswo. Mit einer leichten Schnellfeuerwaffe, einer Hand voll Patronen und einem Paar Schuhe ausgerüstet, werden die Kinder meist an die vorderste Frontlinie geschickt. Die Erfahrung zeigt, dass Kindersoldaten durch Drogen und Drill furchtlose

Kampfmaschinen werden und ohne Skrupel, Moral oder Angst ihren häufig auch selbstmörderischen Auftrag erfüllen. Ob es der Durchmarsch durch Minenfelder oder andere Selbstmordkommandos sind - "Meist ist den Kindern der Wert ihres Lebens gar nicht bewusst", so ein UN-Mitarbeiter.

Nach der Beendigung des Krieges 1997 wurden die Milizen in Liberia demobilisiert, und die Kämpfer erhielten im Austausch gegen ihr Gewehr etwas Reis und Weizen, eine Dose Öl, ein T-Shirt und eine Hose. Viele der Kinder, die den Krieg überlebt haben, sind heute stark traumatisiert und tragen eine schwere Hypothek mit sich herum. Dieser Umstand führt auch dazu, dass die Rückkehr in ihre Familien und Dorfgemeinschaften meistens sehr schwierig ist.

Die Diözese Gbarnga im Norden Liberias hat an verschiedenen Orten damit begonnen, ehemalige Kindersoldaten bzw. so genannte "war affected children" in Wohn- und Ausbildungszentren unterzubringen. Die

Jugendlichen erhalten in Yekepa und Sanniquellie die Möglichkeit, eine Ausbildung in verschiedenen handwerklichen Berufen (Holzverarbeitung, Kfz-Instandsetzung, Gartenbau und Kleintierzucht) mit unterschiedlicher Dauer zu absolvieren. Damit eng verbunden möchte man ihnen auch die Möglichkeit bieten, an Grundbildungskursen teilzunehmen, die sie vor Jahren wegen des Krieges abbrechen mussten.

MISEREOR unterstützt die Zentren mit der Finanzierung von Einrichtungsgegenständen, Ausrüstung und Unterhaltskosten. Die berufliche Reintegration von Kindersoldaten ist einer der Förderschwerpunkte MISEREORs in Liberia.



Dag Hammarskjöld

Vor 40 Jahren, am 17. September 1961, kam der schwedische Politiker und Denker Dag Hammarskjöld auf dem Weg zu Vermittlungsgesprächen im Kongo bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

Seit dem 7. April 1953 UNO Generalsekretär suchte Hammarskjöld den Frieden stiftenden Auftrag der UNO nicht nur umzusetzen, sondern auch

tionalen Politik zu stärken. 1956 vermittelte er in der Suezkrise und beim Ungarnaufstand, 1958 im Libanon, 1957 entsandte er UN-Friedenstruppen in den Gazastreifen und an den Suez-Kanal und 1960 in den Kongo. Daneben sah er in der Dekolonisation eine der Hauptaufgaben der UNO. Hammarskjöld 1961 wurde ihm posthum der Nobelpreis verliehen.

Pax Christi International

Bei Redaktionsschluss erreichten uns noch Internet-Nachrichten von pax christi international zu den Ereignissen in New York. Nachfolgend einige Zusammenfassungen.

- aus dem Schreiben von pax christi International an pax christi USA:

"... unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern, Familien und Freunden ... Wir fühlen uns besonders auch verbunden mit Mitgliedern von pax christi USA, deren Leben persönlich und in dramatischer Weise von dieser Tragödie berührt wurde... pax christi international appelliert an die internationale christliche Gemeinschaft im Geiste des Beters, der Verzeihung und des Mitgefühls zu verweilen, Versöhnung zu ermutigen, und das Gespräch mit der islamischen Gemeinschaft in USA oder sonst wo auf der Welt zu suchen... und mitzuhelfen, wo und wie immer möglich, die USA von diesem Unheil zu heilen."

- aus der Ansprache des lat. Patriarchen von Jerusalem Michel Sabbath, der gleichzeitig auch Internationaler Präsident von pax christi ist, vom 17. September in Jerusalem. Der Predigt legt er die Texte aus Ex 32.10 zugrunde "Ich werde aus euch eine große Nation machen" und als Handlungsanweisung das Wort aus dem Evangelium "seit vollkommen, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist." Damit ist Gott selbst unser Führer... Wir können nur denen folgen, die in Gottes Liebe und Barmherzigkeit

handeln" ... und nicht jenen, "die gegenteilige Eigenschaften, wie Hass, Tod und Ausschluss von Brüdern und Schwestern verfolgen..."

"Dies erinnert uns an die Rolle der Religion in unserer gegenwärtigen Welt... in der Geschichte war die Religion immer wieder die Ursache von Kriegen. Auch heute wird Religion manipuliert und Gott wird herbeigebetet, den Feind zu überwinden. Auch hier in unserem Land spielt Religion auf beiden Seiten des Konflikts... Religion kann kein Anlass für einen Krieg sein... Es ist eine allgemeingültige Verantwortung aller religiöser Führer sich zu befreien und keine gehorsamen Diener eines politischen Systems zu bleiben... um Gottes Stimme zu sein, nicht die von Menschen... damit die neue Generation Gott kennt und den Gott der Barmherzigkeit, der Rechtschaffenheit und Liebe... Gott kann nicht die Ursache von Diskriminierung unter den Menschen sein... Gott will auch nicht die Waffe in den Händen der Armen sein, um Rache an den Stärkeren zu üben."

"Es wird immer und überall Differenzen innerhalb der Religionen geben so wie auch unter Nationen und Menschen. Aber niemand darf Feind bleiben,... darf sich selbst zum Feind machen... oder den Anderen, um ihn töten oder hassen zu können..."

"Darum wollen wir ... beten, dass Gott uns helfen möge, in unseren

Tragödien den Samen für neues Leben zu finden..."

Aus dem Rundbrief von pax christi international vom 1.9.2001 entnehmen wir:

Hiroshima Tag im August 2001:

- PC USA veranstaltete eine Blockade unter dem Motto **"Wir sind nicht hier für die Vergangenheit, wir sind hier für die Zukunft. Wir handeln in Hoffnung"**. Sie blockierten die Zufahrt zu der Produktionsanlage Y-12 in Tennessee. Unter den Teilnehmern, die festgenommen wurden, war auch Bischof Thomas J. Gumbleton, Erzbischof von Detroit. Das Material für die Hiroshima Bombe wurde damals bei Y-12 in Oak Ridge produziert. Y-12 stellt heute weiterhin Teile für thermo-nukleare Waffen her.

- PC Australien veranstaltete mit der buddhistischen Gruppe Soka Gak-

kai ein öffentliches Forum zur Mahnung.

- An der *Weltkonferenz gegen Atom & Wasserstoffbomben*, die vom 2.-10.8. in Hiroshima und Nagasaki stattfand, nahm PCI als NGO-Mitglied teil. Neben der Forderung nach totaler Abschaffung nuklearer Waffen, wurde auch eingehend über die Not der "hibakusha" (Überlebende der Atombombenangriffe und Kernwaffentests) der ganzen Welt gesprochen.

Rassismus

Im August fand in Durban eine UN Weltkonferenz zum Thema Rassismus, rassistische Diskriminierung und Fremdenangst statt. In Vorbereitung dazu hat PC USA als Arbeitsgrundlage eine Definition "Rassismus" erarbeitet.

Diese heißt: **Rassismus = Rassen Vorurteil + Missbrauch von Macht.**

Bearbeitung: Hilde Jäker



Die Gewaltspirale durchbrechen!

Brücken bauen, Gewalteskalation verhindern

Kurzmeldungen

Greenpeace ausspioniert

Juni 2001 Ein deutscher V-Mann hat jahrelang die Umweltschutzorganisation Greenpeace infiltriert und Informationen über Protestaktionen an die Ölfirmen Shell und BP weitergegeben. Der aus München stammende Manfred Schlicker (Deckname „Camus“) wurde von der Londoner Privatdetektei „Hakluyt“ angeheuert. Sie wurde 1995 nach dem Skandal um die Shell-Ölplattform „Brent Spar“ von ehemaligen Agenten des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 gegründet.

Weltweiter Waffenhandel steigt weiter an

August 2001 Der internationale Waffenhandel ist unter Führung der USA im vergangenen Jahr erneut gewachsen. In einem Bericht des US Kongresses heißt es, Entwicklungsländer in Asien, Lateinamerika und Afrika hätten Verträge über den Kauf von Waffen im Wert von 54,3 Milliarden Mark abgeschlossen. Die Kaufabsichten der Entwicklungsländer machten damit zwei Drittel des weltweiten Handels im Wert von 78,9 Milliarden Mark aus.

Dem Report zufolge stiegen die Waffenverkäufe im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1999 um acht Prozent. Damit nahmen die Waffenexporte schon im dritten Jahr hintereinander zu.

Die meisten Aufträge erhielten Rüstungsunternehmen in den USA, gefolgt von Russland und Frankreich. Die führenden neuen Käufer

waren die Vereinigten Arabischen Emirate, Indien und Südkorea. Die Emirate bestellten für 13 Milliarden Mark 80 Kampffjets vom Typ F-16 in den USA, während Indien in Russland T-90-Panzer und Kampfflugzeuge vom Typ SU-30 orderte.

In den vergangenen acht Jahren kauften Länder im Nahen Osten die meisten Waffen auf dem internationalen Markt, darunter Israel, Irak, Iran und Saudi-Arabien. Sie erhielten in dieser Zeit Lieferungen im Wert von mehr als 215 Milliarden Mark. Der größte Waffenkunde waren im Jahr 2000 die Vereinigten Arabischen Emirate mit 15,8 Milliarden Mark.

Der Bericht verweist darauf, dass Russland Waffen an Irak verkaufen wolle, wenn die Sanktionen fielen.

UN-Konferenz zu Kleinwaffen erzielt kaum Fortschritte

Juli 2001 Zum Abschluss der UN-Konferenz über Klein- und Leichtwaffen haben Vertreter aus 189 Staaten gemeinsame Schritte gegen den illegalen Waffenhandel vereinbart. Der Vereinbarung zufolge sollen die Staaten die Lizenzvergabe für Waffenbesitz und Waffenhandel gesetzlich regeln; die Vereinbarung ist jedoch nicht verbindlich. Weiterreichende Vorhaben scheiterten an den USA. Diese widersetzten sich erfolgreich den zwei Hauptforderungen, das Recht auf privaten Waffenbesitz zu beschränken sowie Waffenlieferungen an nicht-staatliche Akteure zu untersagen.

Vor allem afrikanische Staaten reagierten empört auf die ablehnende Haltung der Amerikaner. Sie hatten sich während der Verhandlungen besonders stark dafür eingesetzt, den Waffenhandel mit nicht-staatlichen Akteuren wie etwa Rebellen Gruppen zu verbieten. Doch Washington wollte sich nicht die außenpolitische Option nehmen lassen, Bürgerkriegsparteien mit Waffen zu beliefern.

Rebecca Peters von der Organisation Open Society Institute warf Washington vor, sich den Interessen der US-Waffenlobby zu beugen. „Es ist egoistisch, dass die mächtigste Nation der Erde, die über die Hälfte aller Kleinwaffen produziert, die Sicherheit von Millionen Menschen anderer Länder gefährdet, nur um die Interessen ihrer eigenen Lobby zu wahren.“ Während der neunziger Jahre wurden 46 von 49 Kriegen vorwiegend mit Kleinwaffen ausgetragen. Dabei wurden vier Millionen Menschen getötet, 90 Prozent von ihnen waren Zivilisten. Nach Schätzungen der UN sind weltweit mehr als 500 Millionen Klein- und Leichtwaffen im Umlauf.

USA lehnen Entwurf zur Biowaffen-Konvention ab

Juli 2001 Die USA lehnen einen Entwurf zur Durchsetzung des Vertrags über das Verbot biologischer Waffen ab. Die Biowaffen-Konvention, die Entwicklung und Herstellung biologischer Waffen verbietet, war 1972 geschlossen worden. Mehr als 140 Ländern haben sie ratifiziert, auch die USA. Bisher gibt es keinen Mechanismus, um sicher-

zustellen, dass sie von den Unterzeichnerstaaten auch eingehalten wird.

Bereits beim Klimaschutzprotokoll von Kyoto, beim Landminenverbot, beim Atomteststoppvertrag und beim Abkommen über die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes weigerten sich die USA, sich an einer internationalen Vereinbarung zu beteiligen.

Fragwürdige Biowaffen-Forschung in den USA

September 2001 Nach einem Bericht der New York Times führen US-Gehelmdienste seit einigen Jahren sehr fragwürdige Forschungsprojekte an biologischen Waffen durch. So habe der militärische Geheimdienst der USA begonnen, Milzbrandbakterien gentechnisch so zu verändern, dass sie von Impfungen und Früherkennungssystemen nicht mehr erfasst werden. Bereits seit 1997 sei die CIA damit befasst, Bomben zur Verbreitung von Biowaffen zu konstruieren sowie eine Biowaffen-Fabrik in der Wüste Nevadas aufzubauen. Nach Angaben von Regierungsoffiziellen sollten damit Entwicklungen der ehemaligen Sowjetunion nachgebildet werden, um deren Gefährdungspotential – rein defensiv – zu untersuchen.

Nach Angaben der New York Times war die Geheimhaltung dieser Projekte einer der zentralen Gründe für die Ablehnung des Zusatzprotokolls zur Biowaffenkonvention durch die USA. Das Protokoll hätte Inspektionen von entsprechenden militärischen Forschungsstätten durch un-

abhängige Kontrolleure vorgesehen. Washington wollte offensichtlich um jeden Preis vermeiden, dass die Kombination einer Biowaffenfabrik und einer Biobombe mit genmanipuliertem Anthrax öffentlich wird.

Bereits in den vergangenen Monaten hatten einige Forschungsprojekte Zweifel an der Vertragstreue der USA genährt. Pilze für die Vernichtung von Drogenpflanzen und Mikroben zur Zerstörung von Material wurden von US-Behörden entwickelt, obwohl sie eindeutig das globale Verbot biologischer Waffen verletzen, sobald sie zu nicht-friedlichen Zwecken eingesetzt werden.

Landminen – Aktionstag

Der 3. Landminen-Aktionstag von Handicap International am 3. Oktober, 12.00-17.00 Uhr, hat als Schwerpunkt die Problematik der Anti-Fahrzeug-Minen.

Diese sind nach der Konvention von Ottawa nicht verboten, gefährden aber Menschen ebenso wie die sog. Antipersonen-Minen. Im übrigen wird auch das Verbot von Antipersonen-Minen unterlaufen, ein Skandal, der immer wieder angeprangert werden muss.

Bei der letzten Diözesanversammlung hat Pax Christi eine Resolution zu dieser Frage verabschiedet (nachzulesen im Rundbrief 2/2001). Der Landminen-Aktionstag findet wieder am Marienplatz statt. Es gibt u.a. einen Info-Bus, die Vorführung einer Minenräumung, die schon traditionelle Schuhpyramide und ein umfangreiches Kulturprogramm.

Weltweiter Aktionstag gegen die Weltraumrüstung

Die amerikanische Friedensbewegung hat zu weltweiten Protesten gegen die Pläne der amerikanischen Regierung zur sog. Weltraumrüstung aufgerufen.

Die Kundgebung findet am 13.10. am Odeonsplatz statt, und zwar voraussichtlich um 11.55, also „fünf vor zwölf“. Näheres wird in der Tagespresse stehen.

Die Pläne der US-Regierung sind nach unserer Einschätzung kein inneramerikanisches Problem, sondern der Beginn einer neuen Rüstungsspirale.

Auch die deutsche Bundesregierung setzt auf Weltraumrüstung. Erst Anfang September gab sie 3 Aufklärungssatelliten im Wert von 500 Mio in Auftrag.

Grund genug, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

„.....fremd!“

Ökumenische Friedensdekade, 11. – 21. November, Münchner Friedenswochen 9. – 25. November

Das Programm von Friedenswochen und Friedensdekade ist leider noch nicht fertig und kann deshalb nicht, wie sonst üblich, dem Rundbrief beigelegt werden.

Wir werden es bei der außerordentlichen Diözesanversammlung auslegen.

Darüber hinaus kann es ab 13. Oktober im Friedensbüro in der Isabellastraße 6 angefordert oder abgeholt werden.

Bürozeiten sind Die./Do. 17.00-19.00 Uhr, Tel./Fax 271 59 17

„Im Gespräch...“

Angelika Beer und Martin Herndlhofer sprechen über das Thema Rüstungsexporte

Dieses Gespräch gehört zu einer Reihe, die die Petra-Kelly-Stiftung unregelmäßig an Sonntagnachmittagen veranstaltet. Die Idee ist es, Persönlichkeiten zu einem öffentlichen Gespräch zu gewinnen, die aufgrund ihrer Erfahrungen und Kompetenz zum jeweils gestellten Thema etwas beitragen können, deren (öffentliches) Aufeinandertreffen aber nicht unbedingt selbstverständlich ist.

Rüstungsexporte: Bereits im ersten Jahr der rot-grünen Koalition verdoppelte sich die Summe legaler Rüstungsexporte auf 1,33 Milliarden Dollar. Der kürzlich veröffentlichte Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI für das Jahr 2000 bestätigt den Trend und widerlegt die Behauptung, die Steigerung des deutschen Rüstungsexports ginge vor allem auf Altaufträge aus der Ära Kohl zurück. Die Bundesrepublik rangiert mittlerweile auf Platz drei der Liste der Waffen exportierenden Länder.

Die Grünen sind an der Regierung und stehen damit in der Verantwortung, ihre Politik auch an Interessen auszurichten - und die sind naturgemäß sehr vielfältig.

Ist die im Koalitionsvertrag propagierte zivile Außen- und humanitäre Friedenspolitik, für die SPD und Grüne unter anderem gewählt worden

sind, zur Makulatur geworden? Und wird das Primat der Politik durch das Diktat der Rüstungsindustrie ausgehebelt?

Referent/innen: Angelika Beer, MdB, Verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin; Martin Herndlhofer, Deutsche Sektion Pax Christi, Referent zu Rüstungsexportfragen, Bad Vilbel
Sonntag, 18. Nov. 2001, 16.00 Uhr, Internationaler Lyceumclub, Maximilianstr. 6, München

Reichspogromnacht

Wie sieht die jüdische Geschichtsforschung die Ereignisse der Reichskristallnacht - die Hintergründe, den Ablauf, die Auswirkungen auf das Selbstverständnis der deutschen Juden und die Reaktionen der freien Welt? Diese Fragen wird Herr Dr. Gideon Greif am 13. November 2000 um 19.00 Uhr im Kloster der Barmherzigen Schwestern, St.-Michael-Str. 16 (Berg-am-Laim) in der traditionellen Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 behandeln.

Nachdem in den letzten Jahren die Erlebnisse einzelner Zeugen und Verfolgter im Mittelpunkt standen, soll dieses Mal die historische Gesamtsicht der Ereignisse dargestellt werden. Ergänzt wird der Vortrag durch den Dokumentarfilm „1938 - ein Wendejahr in der Geschichte der Juden Deutschlands und Österreichs“.

Herr Dr. Gideon Greif, Jahrgang 1951, stammt aus einer deutschsprachigen, jüdischen Familie und

arbeitet als Historiker und Pädagoge an der jüdischen Gedenkstätte Yad Vashem in Israel. Eines seiner Hauptarbeitsgebiete ist die Vernichtung der Juden in Auschwitz. Zur Zeit ist er Gastprofessor an der University of Florida in Miami. Am Vormittag des 13. November vor Schülern des Michaeli-Gymnasiums über den Holocaust sprechen.

Anschließend an den abendlichen Vortrag folgt der Lichtergang zum Mahnmal an das Sammellager in Berg-am-Laim. Danach gibt es noch die Möglichkeit in einer Gesprächsrunde im kleinen Pfarrsaal (Ecke Josephsburgstr. / Clemens-August-Str.) mit Herrn Dr. Gideon Greif zu diskutieren.

Friedensfahrt in die Krisenregion Nah-Ost

Begegnungen mit Israelis und Palästinensern im (un)heiligen Land Israel/Palästina, 23.02. - 05./09.03.2002
Gibt es eine Chance für den Frieden in Israel/Palästina? Was sind die Ursachen für den andauernden Konflikt? Und wie leben die ganz normalen Menschen ihren Alltag unter den Belastungen des Dauerkonflikts?

Um diese Fragen geht es bei einer ganz speziellen Reise für junge Leute, die die kath. Zivildienstseelsorge München anbietet. Jede/r kann sich vor Ort selbst ein Bild von der Situation machen, die in unseren Medien nur einseitig negativ dargestellt wird. Meist stammen die Schlagzeilen von Orten, die fernab der Touristen-Routen liegen. Die Reise wird unter

Berücksichtigung der jeweiligen Sicherheitslage vor Ort durchgeführt.

Gespräche und Begegnungen mit Israelis und Palästinensern bilden den Schwerpunkt des Reiseprogramms. Natürlich gibt es auch Sightseeing, kleine Wanderungen und gegen Ende der Rundreise Relaxen im Toten und Roten Meer. Wer möchte, kann die Reise auch noch mit einem Sinai-Programm verlängern.

Für alle jungen und Junggeheirateten, nicht nur für Zivilisten

Voraussichtliche Kosten ohne Sinaiverlängerung unter 2000 DM.
Auskunft, Reiseprogramm und Anmeldeunterlagen gibt es bei der kath. Zivildienstseelsorge, Landwehrstr. 66, 80336 München, Tel. 089-538 94 42, Fax: 089-538 94 08, E-Mail: info@zivildienstseelsorge-muenchen.de, Internet: www.zivildienstseelsorge-muenchen.de.

650 Jahre Roma Kultur im Kosovo und ihre Vernichtung

Die Bild-Dokumentation des ROM e.V. Köln zeigt in beeindruckender Weise die bis vor den Kosovo-Krieg lebendige, uralte und reiche Kultur der Roma im Kosovo und sie zeigt das Ausmaß, in dem diese seit Juni 1999 durch Vertreibung und Brandschatzung systematisch zerstört wurde.

Zu bestellen bei: ROM e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln, Tel.: 0221/242536, Fax: 0221/2401715, Preis: DM 5.-

Blick ins Internet

PAXCHRISTI

www.paxchristi.net

Die Internetseite von Pax Christi International. Hier können auch die monatlichen Newsletter abonniert werden.



www.pressehuette.de

Die Pressehütte entstand aus dem Widerstand gegen die Pershing-II-Raketen. Sie ist heute ein Treffpunkt für Menschen, die Schritte in Richtung einer friedlicheren und gerechteren Welt wagen. Die Pressehütte beherbergt das Büro der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V., der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. und ist Kontaktstelle für das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space.



www.friedensini.de

Kontaktstelle für Friedensarbeit im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen e.V.

Die Homepage einer der Friedensinitiativen aus unserem Einzugsbereich. Von hier stammen die Aktionsvorschläge: Was Sie tun können" (s.S.8)

the sunshine project

www.sunshine-project.de

Viele Biowaffen werden vom Sonnenlicht schnell zerstört. Das Sunshine Project hat es sich zum Ziel gesetzt, Fakten über biologische Waffen ans Licht zu bringen!

Wir sind eine internationale Organisation mit Sitz in Hamburg und Austin, Texas, USA. Unsere Arbeit richtet sich gegen feindselige Anwendungen der Biotechnologie, gerade in der Ära nach Beendigung des Kalten Krieges. Durch Recherchen und Öffentlichkeitsarbeit wollen wir den weltweiten Konsens gegen biologische Waffen stärken und sicherstellen, dass internationale Vereinbarungen die Entwicklung und Anwendung von Biowaffen effektiv verhindern.



Wir sind weiter unter www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi zu erreichen.

Ihr findet die deutsche Sektion unter www.paxchristi.de.

Terminübersicht

Oktober

3.10.

12.00-17.00 Uhr

5.-6.10.

Landminen – Aktionstag, Marienplatz (s.S. 33)

Seminar Schul-Mediation, I. Teil, d.h. Ausbildung von Schüler/-innen zu Streitschlichter/-innen, Ort: Schülerzentrum Fürstenried (s.S. 6)

Pax Christi Friedensgottesdienst

In der Krypta von St. Bonifaz, Karlstr. 34

Erinnern und Versöhnen

Die biblische Friedensbotschaft und kirchliche Friedensarbeit weltweit

Studententag zum Monat der Weltmission, Kardinal Döpfner Haus, Domberg 27, 85354 Freising, Tel. 08161/181-0

Seminar Schul-Mediation, II. Teil, Schwerpunkt: „Konstanzer Trainingsmodell“ und Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg, Ort: Schülerzentrum Fürstenried (s.S. 6)

13.10.

9-17.00 Uhr

Weltweiter Aktionstag gegen die Weltraumrüstung, Odeonsplatz (s.S.33)

13.10. 11.55 Uhr

15.10. 19.30 Uhr

Christliche Mystik - Brennpunkt im Dialog der Religionen, P.Dr. Josef Sudbrack SJ, Ort: Pfarrheim St. Theresia, Fuetererstr. 23

18.10. 19.00 Uhr

Ökumenisches Friedensgebet

Pfarrkirche St. Anna, Lehel

20.10.

27.-28.10.

ausserdordentliche Diözesanversammlung (s.S.5)

Frieden lernen

Bayernweite Feier des Weltmissionssonntags in Dachau

November

13.11. 19.00 Uhr

Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht mit Dr. Gideon Greif (Yad Vashem / Israel), Ort: Kloster der Barmherzigen Schwestern, St.-Michael-Str. 16, Berg-am-Laim (s.S. 34)

13.11. 18.00 Uhr

Pax-Christi-Gottesdienst

als **ökumenischer Gottesdienst** zusammen mit den Christen in der Region. Ort: Krypta von St. Bonifaz, Karlstr. 34

13.11.19.00 Uhr

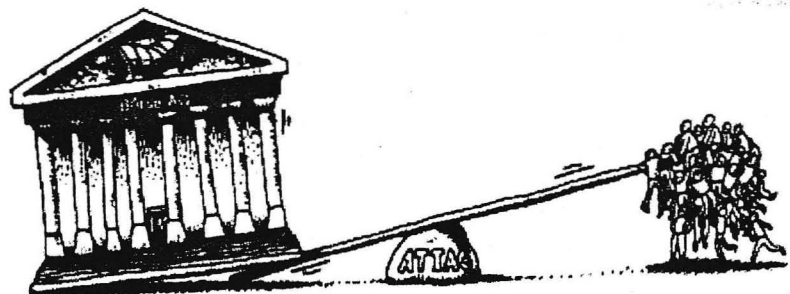
Gespräch zwischen Juden und Christen

Was sagt uns die gemeinsame Bibel zum Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung? Mit Verena und Dr. Jan Mühlstein, Liberale jüdische Beth

- 16.-18.11. Shalom Gemeinde München
Ort St. Stephan München-Neuperlach, Lürdsstr. 12
Pax Christi Delegiertenversammlung in Loccum
Einladung erfolgt über die Pax Christi Zeitschrift.
Bitte vormerken!
- 18.11. 16.00 Uhr "Im Gespräch...", Angelika Beer und Martin Herndlhofer
sprechen über das Thema Rüstungsexporte, Ort: Internati-
onaler Lyceumclub, Maximilianstr. 6 (s.s.34)
Ökumenische Friedensdekade „.....fremd!“ (s.S. 33)
Münchener Friedenswochen
KonsumUmkehr 2001
Infos bei Dorothea Kötter, Burgstr. 97, 53177 Bonn, Tel.
0228/355289
- 11.-21.11.
9.-25.11.
21.11. Februar
23.02. –
05./09.03.2002

Friedensfahrt in die Krisenregion Nah-Ost
Begegnungen mit Israelis und Palästinensern im
(un)heiligen Land Israel/Palästina, 23.02. – 05./09.03.2002
(s.S. 35)

- März
8.-9.3.2002 **Frauenbegegnungstage 2002**
Im Glauben verwurzelt die Welt gestalten - das Frauenfo-
rum lädt ein.
Ort: Petersberg bei Dachau
Info: Frauenseelsorge 089/2137-1437
Misereor Schülermarsch
- 15.3.2002



ATTAC - für eine solidarische Weltwirtschaft, gegen neoliberale Globalisie-
rung
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, Artile-
riest. 6, D-27283 Verden, tel. 04231/957591, Fax: 04231/957594,
www.attac-netzwerk.de

Gruppen und Kontaktadressen in unserer Diözese

REGIONALGRUPPEN

Dorfen	Wirtz Elisabeth	Wallbergstr. 8	84405 Dorfen	08081/4437
Erding	Bendl Roswitha	Frz.Xav.Mayr-Str.17	85435 Erding	08122/92632
Freising	Fischer Ernst	Zimmermannstr.10	85356 Freising	08161/61223
Gilching	Sausen Andrea	Erdäpfelgarten 5	82205 Gilching	08105/22958
Landshut	Würfel Birgit	Grünlandstr. 1a	84028 Landshut	0871/28117
Mühldorf	Nodes Helmut	Elchenstr. 8	84453 Mühldorf/Inn	08631/2418

PFARREIGRUPPEN

St.Birgitta	Vogt Rosemarie	Fasanenstr.54	82008 Unterhaching	089/6114192
St.Hildegard	Wittner Johannes	Kunzweg 13a	81243 München	089/831072
St.Ignatius	Hahn Sabine	Guardinistr. 57	81375 München	089/716107
Leiden Christi	Fackler Irmgard	Eglofstr. 15	81247 München	089/881021
St.Michael/BaL	Brandstetter Josef	Zehntfeldstr. 180 a	81625 München	089/8881487
St.Quirin/Aub.	Dr. Müller-Leisgang Annette	Pirolstr.7	81249 München	089/86308996

SACHGRUPPEN

Erlassejahr 2000	Neuwirth Angelika	Weldenstr. 51	82223 Elchenau	08141/70636
Eine Welt	Dinkel Wolfgang	Westpreußenstr. 3	81927 München	089/937333
Gewaltverzicht	Rottmayr Sepp	Eduard-Schmidt-Str.26	81541 München	089/659253
Friedenspolitik	Bauer Ludwig	Jagdstr. 7 B	80639 München	089/162116
Konflikte gewaltfrei lösen	Waldemar Ruez,	Essumstr. 24	81371 München	089/763289

BISTUMSSTELLE MÜNCHEN

Sprecherin				
Sprecher	Martin Pilgram	Römerstr. 114	82205 Gilching	08105/4948
Geistl.Beirätin	Irma Blechele.	Guardinistr. 57	81375 München	089/716107
Kassenführer	Schneider Othmar	Am Döllanger 1	82031 Grünwald	089/6413180
Mitgliederbetreuerin	Schmitz Annemarie	Emanuelstr. 14 a	80796 München	089/3081154
Münchener Kontakte	Wechsler Rosemarie	Maurice-Raval-Weg 4	80939 München	089/31190520
	Scherer Gertrud	Salzburgerstr. 16	81241 München	089/347850
Asyl/Flüchtlinge	Scheibert Lore	Fritz-Bär-Str. 23	81476 München	089/751970

Büro der Bistumsstelle: Landwehrstr. 44, 80336 MÜNCHEN,
TEL./FAX: 089 / 54 38 515
email: bs-muenchen@paxchristi.de

PAX CHRISTI Landesstelle Bayern: 089 / 16 21 16

Sie finden uns im Internet unter:
www.paxchristi.de oder <http://www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi>

Bankverbindungen:

Kto.Nr.: 887 36-801 Postgiro München (BLZ 700 100 80) für Mitgliedsbeiträge und allgemeine Spenden
Kto.Nr.: 220 33 24 LIGA München (BLZ 700 903 00) nur Spenden für die Friedensarbeiterstelle